

„Die jetzigen Strukturen sind am Ende“

Die Versorgungssicherheit schwindet, die Finanzlage von Kassen und Einrichtungen ist desolat, der Personalmangel wächst. Warum dies zur Gefahr für die Demokratie werden kann, wurde auf dem DVLAB-Bundeskongress in Berlin deutlich.

Von Susanne El-Nawab

Wie kann es sein, dass wir seit 40 Jahren etwas wissen und nicht entsprechend handeln?“, fragte Thomas Druyen zum demografischen Wandel in Deutschland. „Alle Gesundheitsfachberufe laufen auf ein großes Desaster zu – nicht nur die Altenhilfe“, erklärte der Wissenschaftler Druyen, Institutsleiter der Sigmund Freud Privatuniversität Wien, auf dem 28. Bundeskongress des DVLAB in Berlin. Dort wurde diskutiert, wie künftig die Versorgung im Land noch sichergestellt werden kann. „Die jetzigen Strukturen sind am Ende“, sagte Peter Dürrmann, Bundesvorsitzender des DVLAB, vor den rund 450 Teilnehmer:innen.

Doch die Fragen, die sich nun stellen, sind nicht einfach zu beantworten:

- Sollen die Kommunen wieder mehr verantwortlich sein?
- Soll es die Nachbarschaft, Ehrenamtliche – sollen die Töchter und Söhne es richten?
- Haben wir uns in Deutschland zu sehr daran gewöhnt, dass man eine Dienstleistung anruft und abrufen? Anstatt sich selbst verantwortlich zu fühlen, sich zu kümmern?

Braucht es eine „sorgende Gesellschaft“, wie der Soziologe Reimer Gronemeyer meint? Und was können wir aus der Politik dazu erwarten? „Ich kann die eloquenten Worthülsen nicht mehr ertragen. Wir haben es mit einem Politik-Versagen zu tun“, so Martina Hasseler, Pflege- und Rehabilitationswissenschaftlerin an der Ostfa-



Podiumsdiskussion mit Peter Dürrmann (von links), Markus Plantholz, Kordula Schulz-Asche und Georg Kippels.

Foto: Susanne El-Nawab

lia Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Auf gravierende Finanzierungsnot der Pflegeversicherung verwies Martin Schölkopf, Leiter der Abteilung Pflegeversicherung des Bundesministeriums für Gesundheit. Die Pflegeversicherung drohe nicht mehr liquide zu sein. Das erste Halbjahr sei gerade so geschafft und es sei das umgesetzt worden, was im finanziellen Spielraum möglich war. „Wir können keine Pflegekräfte backen und die Angehörigen nicht zwingen zu pflegen“, so Schölkopf. Man überlege derzeit, sei fraglich, doch was die neuen Wohnformen angehe, werde derzeit ein neuer Vorschlag erarbeitet, so Schölkopf.

Dürrmann betonte, „Wir wünschen uns vereinfachte Strukturen, die flexibel sind. Es wird

„Es wird weiter streng an der Fachkraftquote festgehalten, die ordnungsrechtlichen Vorgaben und das Leistungsrecht sind so kompliziert, dass niemand mehr durchblickt.“

Peter Dürrmann

weiter streng an der Fachkraftquote festgehalten, die ordnungsrechtlichen Vorgaben und das Leistungsrecht sind so kompliziert, dass niemand mehr durchblickt.“ Warum sei ein persönliches Budget ohne Sektorengrenze nicht machbar, fragte Dürrmann. Der Wegfall der jetzigen Sektorengrenzen sei unumgänglich, so Dürrmann: „Auch wir als DVLAB setzen auf die Ambulantisierung aller Bereiche und damit auf das Aus der Leistungserbringerzentrierung. Statt dem All-inclusive-Ansatz im Heimbereich oder der Tagespflege bedarf es einer umfassenden Einbindung von An- und Zugehörigen sowie der Zivilgesellschaft. Das bestehende Leistungs- und Vertragsrecht sowie ordnungsrechtliche Aspekte verhindern diese Einbindung jedoch.“

Bei der Podiumsdiskussion sagte Kordula Schulz-Asche (Grüne), dass es für das Stambulant-Modell (das von Kaspar Pfister und der BeneVit-Gruppe erprobte Modell, Anmerkung der Redaktion) im Moment noch

keine Rechtsgrundlage gebe, obwohl es so vielversprechend sei. „Wir befinden uns in einer prekären Haushaltssituation. Menschen über 60 sollten sich auch untereinander organisieren“, so Schulz-Asche. Man müsse gemeinsame Unterstützungsformate finden, privat organisierte Alters-WGs usw. „Wir werden weder ausreichend Mitarbeiter, noch eine ausreichende Finanzierung aus der Staatskasse haben, um die Versorgung in der Zukunft zu sichern“, sagte sie. „Wir brauchen dringend viele gute Assistenzkräfte, die die Versorgung sicherstellen. Wir werden uns wohl von der Fachkraftquote verabschieden müssen“, so Schulz-Asche. Rechtsanwalt Markus Plantholz unterstrich ebenfalls den dringenden Reformbedarf, die Überwindung der Sektorengrenzen wäre dabei hilfreich.

Georg Kippels (CDU/CSU), Obmann des Gesundheitsausschusses, sagte, man müsse Freiwillige einbinden. Menschen im Rentenalter könnten noch viel machen und sich gesellschaftli-

che Aufgaben suchen. Jüngere, die nur an vier Tagen die Woche arbeiten möchten, sollten soziale Aufgaben übernehmen. „Die kompetenten Pflegekräfte müssen nur noch dort eingesetzt werden, wo wir sie wirklich brauchen“, so Kippels. Er ertotete einige Buh-Rufe und wenig Applaus aus dem Publikum für die Aussage, dass sich das traditionelle Format der stationären Altenhilfe überholt habe.

Kommunen und Angehörige mehr einbinden

Die Pflege- und Altenhilfeplanung als Pflicht der Kommunen stand im Fokus des Vortrags von Rechtsanwalt Thomas Klie, Leiter des Instituts AGP Sozialforschung an der Ev. Hochschule in Freiburg. Klie machte deutlich, was auf dem Spiel steht: Wie dringlich es für den inneren Frieden im Land ist, ob es vor Ort gelingt, die Gesundheitsversorgung gut zu organisieren. Es sei entscheidend für den Erhalt der Demokratie. Denn sonst drohe der Verlust von Systemvertrauen in großen Teilen der Bevölkerung. Daseinsvorsorge sei eine Bedingung guten Lebens. „Altenhilfe und Pflege sind Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Pflege hat das Potenzial, die nächste Wärmepumpe zu werden“, so Klie. Und in Regionen, in denen die Gesundheitsversorgung nicht mehr funktioniert, sei die Abkehr von der Demokratie bereits empirisch nachweisbar.

dvlab.de